

gemeinsame Zukunft aller politischen Vertreter des Grazer Gemeinderates in dieser Angelegenheit anberaومت worden?

*Die Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## **ANTRÄGE**

### **1) Dauerbeschallung mit klassischer Musik in öffentlichen Toiletten**

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Ennemoser** stellt folgenden Antrag:

#### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Augen- und Ohrenzeugen berichten, dass die öffentliche Toilette im dritten Stock im Amtshaus ein beliebter Platz unter Drogensüchtigen ist. Dort wird das Substitol in Dosen aufgekocht und gespritzt. Besonders pikant ist es natürlich auch, dass gerade die WCs im Amtshaus verwendet werden, wo doch gerade dort auch das städtische Gesundheitsamt untergebracht ist. Unter anderem auch der Suchtgiftbeauftragte der Stadt Graz Dr. Ulf Zeder. Zwar wurden vor Jahren die WCs schon mit Blaulicht ausgestattet, damit sich Süchtige schwer tun, ihre Venen zu finden. Jedoch in den nicht zugesperrten Behinderten-WCs herrscht normales Licht, und auch sonst sind da und dort die Blaulampen wieder verschwunden.

Ärzte als auch internationale Berichte haben nun ein anderes Mittel, um Drogensüchtige von öffentlichen Orten zu vertreiben. Eine Dauerbeschallung mit klassischer Musik. Mozart gegen Drogensüchtige sozusagen. Dies wird in Deutschland schon an vielen U-Bahn und Bahnstationen erfolgreich eingesetzt. Für die kurz verweilenden Fahrgäste hat so eine Beschallung einen entspannenden Effekt und für die Obdachlosen und Drogensüchtigen den gegenteiligen. Auch in Graz wurde dieses Instrument bereits erfolgreich im Schloßbergstollen eingesetzt. Laut dem Sicherheits-

und Veranstaltungsmanager Mag. Wolfgang Hübel funktioniert dies wunderbar und ist dies technisch leicht möglich, auch in unseren öffentlichen WCs. Nicht nur, dass es unangenehm ist, wenn man auf einen sich gerade eine Spritze setzenden Jugendlichen trifft, sondern ist dadurch auch die Hepatitisgefahr erhöht gegeben.

Aus diesem Grund, stelle ich namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion folgenden

### **Antrag:**

Die zuständigen Stellen des Magistrates sollen prüfen, inwieweit die Dauerbeschallung in öffentlichen Toiletten möglich ist und dem Gemeinderat darüber berichten, bis wann dies umgesetzt werden kann.

*Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## **2) GKK-Beiträge für Ehrenamtliche in Vereinen**

GR. Hohensinner, GR. Rajakovics und GR. de Montmorency stellen folgenden Antrag:

### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Auch wir wurden in den letzten Monaten von gemeinnützigen Vereinen über Prüfungen der GKK hinsichtlich ihrer ehrenamtlichen HelferInnen in Kenntnis gesetzt. Es ist richtig und wichtig, verdeckte Anstellungen an den Pranger zu stellen. Die GKK agiert aber bei gemeinnützigen Vereinen unverhältnismäßig, indem Aufwandsentschädigungen – wie beispielsweise Speise- oder

Getränkemkostenrückerstattungen – als Bezahlung gewertet und in vielen Prüfungsfällen rückwirkend als Beiträge verrechnet werden. Dazu kommt, dass Sportvereine über eine Pauschale Aufwände ausbezahlen dürfen, Kultur- oder Sozialvereine diese Regelung nicht in Anspruch nehmen können.

Im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs stellen wir daher folgenden

### **A n t r a g:**

Der Grazer Gemeinderat tritt mit folgender Petition an den Bundesgesetzgeber heran:

Der Bundesgesetzgeber wird aufgefordert, das Sozialversicherungsgesetz sowie die dazugehörenden Verordnungen dahingehend zu ändern, dass bei Sozial- und Kulturvereinen die gleiche Aufwandspauschalregelung eingeführt wird, wie sie bereits bei Sportvereinen von den GKK zur Anwendung gelangt.

*Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

### **3) Präventiver Kennenlerntag von Selbsthilfegruppierungen und Interessensvertretungen des Behindertenwesens**

GR. Mag. **Kowald** und GR. **Hohensinner** stellen folgenden Antrag:

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Graz beheimatet viele Menschen mit Behinderung. Inklusion ist leider noch so etwas wie eine Vision, und unser Bewusstsein Menschen mit Behinderung gegenüber ist eine Baustelle.

In den letzten Monaten wurde seitens des Bundes und Landes notwendige Sparpläne angekündigt bzw. zum Teil schon umgesetzt. Statt grundlegender Reformen hat man einen Weg gewählt, der für Menschen mit Behinderung an vielen Ecken nur sehr schwer verkraftbar ist. Menschen mit Behinderung dürfen nicht als Sündenböcke der Nation gesehen werden.

Wenn man um die Bedürfnisse und Herausforderungen von Menschen mit Behinderung nichts weiß, kann man leicht dieser Meinung verfallen.

Interessensvertretungen und Selbsthilfegruppierungen brauchen eine Möglichkeit, ihre Bedürfnisse, Anliegen und den richtigen Umgang mit der jeweiligen Behinderungsart im Rathaus und somit im Zentrum der Stadt – kostenlos - zu präsentieren.

Wir sind zum Glück Stadt der Menschenrechte und haben im heurigen Jahr auch das Jahr der Freiwilligen.

Es ist empfehlenswert, das Personal des Magistrats und aller Beteiligungen dazu einzuladen und der aufgeschlossenen Bevölkerung ein präventives Kennenlernen zu ermöglichen.

Auf diesem Weg kann man den freiwilligen MitarbeiterInnen aller Interessensvertretungen Anerkennung schenken.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

**A n t r a g :**

Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ersucht, mit dem Behindertenbeauftragten und dem Behindertenreferat der Stadt Graz einen präventiven Kennenlerntag für Interessensvertretungen und Selbsthilfegruppierungen aller Behinderungsarten im Herbst dieses Jahres im Rathaus zu organisieren.

***Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**4) Verwaltungsbehördliche Aufforderung an einen privaten Grundeigentümer bzw. Grundbesitzer gemäß § 91 StVO**

GR. Mag. **Kvas** und GR. **Kraxner** stellen folgenden Antrag:

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Im Bezirk Jakomini im Bereich der Kreuzung „Am Langedelwehr/Fröhlichgasse/Angergasse“ verläuft die Angergasse entlang einer uneinsehbaren Linkskurve vorbei in Richtung Seifenfabrik.

In diesem Bereich wurde vor etwas mehr als einem Jahr – aufgrund meines Antrages – ein Halte- und Parkverbot verhängt, weil durch das Halten und Parken von Kraftfahrzeugen im Bereich des vorhin erwähnten uneinsehbaren Straßenabschnittes nur mehr ein Fahrstreifen für Läufer, Jogger, Spaziergänger, Hundebesitzer mit ihren Vierbeinern, Radfahrer, Motorradfahrer sowie Autofahrer zur Verfügung stand und es im einzig verbleibenden Fahrstreifen immer öfter zu unfallgefährdeten Begegnungen zwischen den dort fahrenden motorisierten Verkehrsteilnehmern sowie den Freizeit suchenden bzw. Sport ausübenden Personen (Fahrradfahrer, Skater, Spaziergänger, Läufer, Jogger etc.) kam.

Ein Jahr später parken zwar – aufgrund des einseitigen Halte- und Parkverbotes – keine ein- bzw. zweispurigen Kraftfahrzeuge mehr im Bereich der oben erwähnten uneinsehbaren Linkskurve in der Angergasse, nunmehr wuchern jedoch Stauden sowie Sträucher von dem in diesem Bereich angrenzenden im Privateigentum stehenden Grundstück zirka eineinhalb Meter in die Fahrbahn, sodass es erneut zu einer massiven Verengung der Fahrbahn in diesem uneinsichtigen Straßenabschnitt kommt.

Da der Grundeigentümer seit Monaten nichts gegen die bereits weit in die öffentliche Straße hinein wuchernden Stauden sowie Sträucher unternimmt, ist nunmehr die zuständige Magistratsabteilung der Stadt Graz gefordert, indem sie den (privaten) Grundeigentümer bzw. Grundbesitzer auffordert, dass dieser seiner gesetzlichen Verpflichtung gemäß § 91 Straßenverkehrsordnung nachkommt und die in die Fahrbahn ragenden Pflanzen bis zur privaten Grundstücksgrenze zurückschneidet, damit die ordnungsgemäße Benützung der öffentlichen Straße wieder möglich ist.

Ich stelle daher im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

### **A n t r a g:**

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle die zuständige Magistratsabteilung beauftragen, dass diese den Grundeigentümer bzw. Grundbesitzer in den im Motivenbericht erwähnten Bereich der Angergasse auffordert, die weit in die öffentliche Straße wachsenden Stauden sowie Sträucher unverzüglich zurückzuschneiden, widrigenfalls diese auf Kosten des Grundeigentümers bzw. Grundbesitzers kürzen bzw. entfernen zu lassen.

*Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

#### **5) Straßenverkehrszeichen – Hinweiszeichen (Wegweiser) „Andere Richtungen“**

GR. Mag. **Kvas** stellt folgenden Antrag:

##### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Straßenverkehrszeichen sind für den öffentlichen Straßenverkehr grundsätzlich unentbehrlich, weil dadurch erst ein gedeihliches sowie größtenteils unfallfreies Benützen der öffentlichen Straßen aller Verkehrsteilnehmer möglich ist. Zu den Straßenverkehrszeichen zählen neben den Gefahrenzeichen sowie den Vorschriftszeichen auch die Hinweiszeichen (§ 53 StVO). Hinweiszeichen weisen auf verkehrswichtige Umstände hin. Zu den Hinweiszeichen zählen unter anderem auch „Wegweiser“. Diese Zeichen zeigen im Bereich einer Kreuzung die Richtung an, in der ein Ort oder bedeutende Ziele innerhalb eines Orts- oder Landschaftsgebietes liegen.

Zu viele Straßenverkehrszeichen überfordern zahlreiche Verkehrsteilnehmer und deshalb ist in letzter Zeit die Tendenz zu beobachten, dass Bezirksverwaltungsbehörden sowie politische Verkehrsreferenten die Anzahl der Verkehrszeichen (z.B. Hinweiszeichen) eher reduzieren, denn erhöhen.

Um eine Reduzierung der Verkehrszeichen vornehmen zu können, müssen die verbleibend aufgestellten Verkehrszeichen qualitativ aussagekräftig sowie informativ sein.

Seit einiger Zeit ist im Raum Graz ein Hinweiszeichen auf öffentlichen Straßen zu sehen bzw. montiert, dessen Aussagekraft sowie Verkehrsqualität doch sehr in Frage

zu stellen ist. Es ist dies das Hinweiszeichen auf Kreuzungen mit der Aufschrift „Andere Richtungen“.

Bei diesem stellt sich die Frage, welche andere Richtung hiermit gemeint ist bzw. welchen Informationswert dieses Verkehrszeichen für die Verkehrsteilnehmer hat.

Faktum ist, dass der Informationswert der Straßenverkehrsteilnehmer beim vorhin erwähnten Hinweiszeichen „null“ und somit entbehrlich ist, weil es lediglich zur Verwirrung bzw. Steigerung des bereits bisher existierenden „Straßenverkehrswaldes“ beiträgt und darüber hinaus die österreichischen Steuerzahler für die Material- und Arbeitskosten aufkommen müssen, deren Kosten-Nutzen-Rechnung äußerst fraglich ist.

Ich stelle daher im Namen der ÖVP-Gemeinderatsfraktion den

**A n t r a g:**

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle die zuständige Magistratsabteilung beauftragen zu prüfen, ob das Hinweiszeichen (Wegweiser) „Andere Richtungen“ tatsächlich in Hinkunft auf den Grazer Straßen - auf Kosten der Steuerzahler - montiert werden sollte, da es für die Straßenverkehrsteilnehmer keinen Informationswert hat bzw. auf keine verkehrswichtige Umstände oder ein konkretes Ziel hinweist und somit entbehrlich ist.

*Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## **6) Erhöhung der Verkehrssicherheit in der Schmiedgasse**

GR. Dipl.-Ing. **Linhart** stellt folgenden Antrag:

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Die Fußgängerzone zwischen Landhausgasse und Stubenberggasse darf auch von Radfahrern genutzt werden. Ein quer über die Schmiedgasse gespanntes, großflächiges Transparent fordert wohl zur Rücksichtnahme auf, was aber ein wirkungs- und zahnloses Mittel ist, denn Radfahrer dürfen dort 30 km/h fahren. Dies führt immer wieder zu gefährlichen Situationen.

Zur Erhöhung der Sicherheit könnte man in Zeiten erhöhten Fußgängerverkehrs, so z.B. in der Gastgartensaison - etwa von 10:30 bis 23:00 Uhr – in der übrigen Zeit von 10.30 bis 19.00 Uhr eine Geschwindigkeitsbegrenzung einführen und diese auch kontrollieren.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

**A n t r a g,**

der Gemeinderat möge die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragen, im genannten Bereich zu gewissen unfallträchtigen Tageszeiten eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 10 km/h einzuführen.

*Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

**7) Ordentliche Ableitung der Oberflächenwässer im Bereich Radegunder Straße/Russenweg**

GR. **Mayr** stellt folgenden Antrag:

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Bei starkem Regen fließt eine beträchtliche Menge Straßenwasser vom Russenweg in den Kreuzungsbereich der Radegunder Straße und wird durch eine Mauer an der Grenze des Grundstücks Radegunder Straße 45 großteils zu den Grundstücken im Bereich Radegunder Straße 43 umgeleitet.

Auf Grund der mangelnden Oberflächenwässerentsorgung in diesem Kreuzungsbereich entsteht bei Starkregenereignissen Überschwemmungsgefahr für die angrenzenden Grundstücke. Das wurde auch im Zuge eines Bauverfahrens am Grundstück Radegunder Straße 43a amtsseitig festgestellt.

Namens des ÖVP-Gemeinderats-Clubs stelle ich daher den

**A n t r a g ,**

die zuständigen Stellen des Magistrats werden ersucht, im Sinne des Motivenberichts eine Lösung für die Oberflächenwässerentsorgung in dem genannten Bereich umzusetzen, um dadurch die Überschwemmungsgefahr für die angrenzenden Grundstücke zu minimieren.

***Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**8) Mehr Müllsammelbehälter bei Haltestellen und in von Fußgängern stark frequentierten Straßen**

GRin. **Potzinger** stellt folgenden Antrag:

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Sauberkeit ist für die BewohnerInnen ein vorrangiges Thema, wie eine aktuelle Umfrage bestätigt. Achtlos weggeworfener Unrat sollte nicht das schöne Ortsbild der Stadt Graz trüben. Um es den Menschen leichter zu machen, ihren Abfall, der anfällt, wenn sie unterwegs sind, zu entsorgen, sollten mehr Müllsammelbehälter aufgestellt werden. Insbesondere bei allen Haltestellen der Graz Linien sollten sich die Bürger darauf verlassen können, einen Müllbehälter vorzufinden.

Um die missbräuchliche Verwendung zu vermeiden – die Entsorgung von Hausmüll ist dabei das am häufigsten auftretende Problem – sollten nach dem Vorbild anderer EU-Staaten, wie beispielsweise Spanien, Müllsammelbehälter angeschafft werden, die innen unterteilt sind und somit die Mülltrennung erleichtern. Die Einwurföffnungen sollen entsprechend klein ausgeführt werden, dass nur Getränkedosen, PET-Flaschen und kleine Müllmengen deponiert werden können. Außerdem sollten mit Sand gefüllte Ständer zum Austöten von Zigaretten aufgestellt werden.

Im Übrigen soll die Zivilcourage der BürgerInnen angeregt werden, Menschen, die Müll auf die Straße werfen, auf ihr ungebührliches Verhalten hinzuweisen. Wie wir aus der Erziehungserfahrung der Familien wissen, ist das gute Beispiel immer noch am effizientesten.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

**A n t r a g :**

Dem Motivenbericht entsprechend sollen in der Stadt Graz mehr Müllsammelbehälter aufgestellt werden und an die BürgerInnen der Stadt appelliert werden, ihren Beitrag zur Sauberkeit unserer schönen Stadt zu leisten.

*Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

**9) Mehr Sicherheit für Passanten, insbesondere für Schulkinder, durch effizientere Maßnahmen bei den in den Straßenraum wachsenden Hecken und Stauden**

GRin. **Potzinger**, GR. **Koroschetz** und GR. **Mayr** stellen folgenden Antrag:

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Alle Jahre wieder häufen sich um diese Jahreszeit die Beschwerden von Fußgängern, insbesondere von besorgten Eltern der Grazer Schulkinder, bezugnehmend auf starke Beeinträchtigungen der Gehwege und Gehsteige durch in den Straßenraum wachsende Hecken und Stauden. Beispielsweise haben weit überhängende Hecken in der Novalisgasse wochenlang zu gefährlichen Situationen für Kinder auf dem Weg zum Kindergarten in der Hubertusstraße und zur Volksschule St. Peter geführt. Erst die Privatinitiative eines engagierten Nachbarn hat Abhilfe gebracht – die derzeit übliche und gesetzeskonforme Vorgehensweise der zuständigen Stellen ist viel zu zeitaufwändig.

Meine Gemeinderatskollegen Johann Koroschetz und Peter Mayr haben mehrfach auf diesen Missstand hingewiesen. Johann Koroschetz hat am 23. 9. 2010 betreffend das Schneiden von Hecken an Grundstücksgrenzen den Antrag gestellt, die zuständigen Magistratsabteilungen mögen beauftragt werden zu überprüfen, welche Möglichkeiten zu schaffen sind, um die dargestellte Zeitspanne zu verkürzen und

allenfalls dem Straßenmeister mehr Kompetenzen einzuräumen. Peter Mayr hat am 10.5. dieses Jahres dahingehend in der Fragestunde nachgefragt.

Wir wollen nicht die Vorgehensweise der zuständigen Stellen kritisieren, sondern setzen uns für Optimierungsmaßnahmen ein. Beispielsweise hat das Straßen- und Brückenamt des Magistrats der Stadt Salzburg ein Informationsblatt unter dem Titel „Anrainerpflicht Heckenschnitt“ herausgegeben, wo die Betroffenen auf den § 91 der Straßenverkehrsordnung hingewiesen werden, wonach Gehsteige, Radwege und Fahrbahnen, damit sie sicher benutzt werden können, in ihrer gesamten Breite frei von überhängendem Bewuchs aus Privatgrundstücken sein müssen. Daher sind Hecken und Sträucher bis an die Grundstücksgrenze zurückzuschneiden.

Die Liegenschaftseigentümer werden auch über die Haftung für sämtliche Unfälle, die sich aufgrund eines mangelnden Pflanzenrückschnitts ereignen, aufgeklärt. Ein ähnliches Informationsschreiben könnte beispielsweise auch in Graz aufgelegt und jährlich mit der Grundsteuervorschreibung an alle Grundstückseigentümer verschickt werden. Die derzeit von den Straßenmeistern verteilten Postwurfbblätter mit der Aufforderung zum Heckenschneiden sind nicht persönlich adressiert und gehen daher leider oft in einer Flut von Werbe-Postwurfsendungen unter. Die BürgerInnen unserer Stadt erwarten eine rasche Verbesserung der Situation.

Daher stellen wir namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

### **A n t r a g :**

Die zuständigen Stellen werden dringend ersucht, zur Gewährleistung der Sicherheit von Passanten, insbesondere von Kindergarten- und Schulkindern, möglichst rasch für effizientere Maßnahmen bei in den Straßenraum wachsenden Hecken und Stauden zu sorgen.

*Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## **10) Graz-Tragekorb**

GR. **Eichberger** stellt folgenden Antrag:

### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Bei fast jedem Einkauf in der Grazer Innenstadt wird man gefragt, ob man ein „Sackerl“ will. Man lädt die bezahlten Waren von einem Tragekorb oder dem Einkaufswagen nach dem Bezahlen dann in ein Plastik-, Papier- oder Stoffsackerl um. Auf diese Weise produziert man unnötigen Müll.

Um einerseits sich das Umladen der eingekauften Waren zu ersparen, unnötige Müllproduktion zu verhindern, Werbung für Graz zu machen und die Grazidentität zu heben, sollte ein eigener „GRAZ–TRAGEKORB“ entwickelt werden. Dieser Tragekorb - versehen mit dem Graz-Logo und kreiert von Grazer Designern im Rahmen eines Wettbewerbes - soll bei allen Geschäften und Produzentenmärkten und bei Graz Tourismus gegen Pfand ausgeborgt oder gekauft werden können.

In diesem Sinne stelle ich namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs den

## **A n t r a g ,**

die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen die Produktion und den Vertrieb/Verleih eines solchen im Motivenbericht beschriebenen Graz-Tragekorbes prüfen und realisieren.

*Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## **11) Beiräte der Stadt Graz**

GRin. **Binder** stellt folgenden Antrag:

### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Menschenrechtsbeirat, Interreligiöser Beirat, Naturschutzbeirat, Behindertenbeirat, BürgerInnenbeirat, MigrantInnenbeirat ...- die Einrichtung von Beiräten zu verschiedenen Schwerpunkten der Grazer Kommunalpolitik ist eine kluge und politisch weise Entscheidung, bietet doch ein Beirat auch Zivilpersonen die Möglichkeit, ihr einschlägiges Wissen und ihre Kompetenzen in die Politik einzubringen und beratend in verschiedenen Politikfeldern den politischen VerantwortungsträgerInnen zur Seite zu stehen.

Das Engagement in einem Beirat ist auch eine der wenigen Möglichkeiten, sich direkt demokratisch in die Politik einzubringen, und viele BeirätInnen verbinden die Berufung in einen Beirat mit dem Ausdruck von Wertschätzung durch die Politik. In Gesprächen mit den Mitgliedern der verschiedenen Beiräte ist deren Verantwortung klar herauszuhören. Sie nehmen ihre Arbeit ernst.

Leider sind aber in der Zwischenzeit viele Beiräte sehr enttäuscht von einzelnen RepräsentantInnen der Politik und fühlen sich nicht ernst genommen. Sie erstellen Expertisen, auf die sie keine Antwort bekommen. Sie bemühen sich um Gesprächstermine, die ihnen selten gewährt werden, und auch nur dann, wenn sie hartnäckig dranbleiben. Kooperationen gibt es beinahe keine und wenn es um finanzielle Unterstützungen für Projektvorhaben geht, dann wird es besonders zäh. Und sie müssen jeder Information hinterherlaufen. Da kann dann schon der Eindruck

entstehen, dass Beiräte mehr oder weniger Alibieinrichtungen darstellen und als eher lästig, denn als unterstützend empfunden werden.

Dieser Zustand muss verändert werden, wenn wir nicht wollen, dass diese AktivbürgerInnen enttäuscht und frustriert das Handtuch werfen und bei der nächsten Wahl entweder gar nicht zur Wahl gehen oder ungültig wählen. Auch sollte die Stadtpolitik die wertvolle Expertise der Beiräte nutzen und diese bei Projektplanungen und vor kommunalpolitischen Entscheidungen entsprechend nutzen und einbinden.

Daher stelle ich seitens des grünen Gemeinderatsklubs – ALG folgenden

### **Antrag:**

Der Gemeinderat beauftragt die Magistratsdirektion, ein klares und verbindliches Procedere zu erarbeiten, in dem die Einrichtung eines Beirates geklärt und dessen Funktion und Aufgabenbereich klar festgehalten werden.

Ebenso muss Klarheit darüber geschaffen werden, in welcher konkreten Verbindlichkeit sich der zuständige Stadtsenatsreferent/die zuständige Stadtsenatsreferentin dem Beirat gegenüber zu verstehen hat. Diese Richtlinien sollen bis Ende 2011 dem Gemeinderat zur Beschließung vorgelegt werden.

*Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## **12) Sicherung von Gemeindewohnungen auf den Reininghausgründen**

GR. **Hagenauer** stellt folgenden Antrag:

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Die Konzentration von Gemeindewohnungen auf einzelne Gebäude bzw. Grundstücke ist aus mehrer Hinsicht durchaus problematisch, wie beispielsweise eine mögliche Stigmatisierung der BewohnerInnen. Modelle in anderen Ländern, wie beispielsweise der Niederlande, haben die positiven Auswirkungen einer geänderten Praxis belegt. Das Zuweisungsrecht der Gemeinde beschränkt sich hier nicht auf einzelne Objekte, sondern betrifft den gesamten geförderten Wohnungsbau. Dieser Ansatz sollte auf jeden Fall auch in Graz überlegt werden, vor allem hinsichtlich des Reininghausareals.

Daher stelle ich seitens der Grünen – ALG folgenden

**A n t r a g :**

Die Stadt Graz tritt am Petitionsweg an den Steiermärkischen Landtag mit dem Ersuchen heran, die Wohnbauförderrichtlinien insofern zu ändern, als Gemeindewohnungen im übertragenen Wohnungsbau sich nicht mehr ausschließlich auf einzelne Objekte beziehen, sondern auf Wohnungen im gesamten geförderten sozialen Wohnungsbau.

*Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

**13) Besitzungen des Landes Steiermark in Graz**

GR. **Eber** stellt folgenden Antrag:

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Das Land Steiermark hat erst vor wenigen Tagen insgesamt 48.000 m<sup>2</sup> Waldfläche im Grazer Grüngürtel an den Transportunternehmer Gersin verkauft, zum Preis von ganzen 88.000,-- Euro.

Die Stadt Graz hat allerdings selbst Interesse an derartigen Grundstücken, um den Grüngürtel zu schützen. Offenkundig wurde das Grundstück der Stadt Graz von Seiten des Landes nicht direkt zum Kauf angeboten.

Um Derartiges in Hinkunft zu verunmöglichen, stelle ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**A n t r a g :**

1. Die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz werden aufgefordert, die Besitzungen des Landes im Grazer Stadtgebiet auszuheben.
2. Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl richtet ein Schreiben an die zuständigen Stellen im Land Steiermark mit der Aufforderung, in Hinkunft die Stadt Graz frühzeitig über geplante Verkäufe zu informieren, damit diese gegebenenfalls direkt als Käuferin auftreten kann.

***Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**14) Grazer Holding Schwimmbäder – Vereinheitlichung der Eintrittspreise angepasst an das niedrigste Tarifsysteem**

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

**Motivenbericht nur schriftlich.**

Mit 1. Mai startete, so wie jedes Jahr auch, die Saison in den Grazer Holding Bädern. Die heurige Erhöhung der Eintrittspreise in den Grazer Schwimmbädern schlug schon hohe Wellen, vor allem in der Auster Eggenberg. Um positiv zu bilanzieren, rechnete die Holding ja mit einem Besuch von durchschnittlich 1000 Badegästen pro Tag in der Auster. Im Schnitt kamen jedoch bisher, anscheinend auch aufgrund der schlechten Wetterlage, weit weniger Badegäste als erwartet. Die von der Graz Holding angesetzten Preise für Tageskarten in der Auster wurden für Kinder und Jugendliche um € 2,- und jene für Erwachsene um rund € 1,- höher angesetzt als in den übrigen Grazer Holding-Bädern.

Für die Familien, Jugendlichen und Kinder bedeutet die eklatante Verteuerung der Eintrittspreise für die Grazer Schwimmbäder schon einen Sprung ins kalte Wasser und einen weiteren finanzieller Anschlag gegen all jene, die sich keine teuren Urlaubsfahrten leisten können und schon jetzt mit ihren Familien am Rande der Armut leben. Gerade deshalb ist es besonders unverständlich, dass die Preise in der Auster weit über jenen der anderen Holding-Bäder liegen. Die Begründung, dass man ja auch das Hallenbad mitbenützen kann und die Auster ein neues Bad für die GrazerInnen ist, ist einfach nur eine Ausrede, um nach oben bilanzieren zu können. Bei schönem Wetter verirrt sich darüber hinaus auch keiner ins Hallenbad. Auch sind im Hallenbad ohnehin meistens viele Bahnen für die trainierenden Vereine gesperrt. Es ist für die KundInnen nicht nachvollziehbar und sozial ungerecht, wenn verschiedene Preistarife in den Grazer Bädern ausgewiesen werden. Auch hat das zur Folge, dass zahlreiche sozial Schwächere mit ihren Familien aus den umliegenden Bezirken mit dem Auto in die anderen, billigeren Grazer Bäder ausweichen müssen, um Kosten zu sparen. Es hat da fast den Anschein, dass die Auster nur gut situierten GrazerInnen mit ihren Familien zur Benützung vorbehalten ist.

Ich stelle daher im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

## **A n t r a g :**

Die zuständigen Stellen des Magistrats werden ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe eine Vereinheitlichung der Eintrittspreise in den Grazer Schwimmbädern der Graz Holding, angepasst an das niedrigste Tarifsysteem der Grazer Holding-Bäder, zu prüfen und auch umzusetzen.

*Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

### **15) Bundesversicherungsanstalt (BVA) und Physio Mur am Grieskai 104/106 – Errichtung von Parkplätzen für KundInnen und PatientInnen vor den beiden Einrichtungen**

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

#### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Sehr viele KundInnen und PatientInnen der beiden am Grieskai 104 und 106 liegenden Einrichtungen, Bundesversicherungsanstalt (BVA) und Physio Mur, traten mit dem Problem an mich heran, aufgrund ihrer Erkrankungen nur unter schwersten Bedingungen diese beiden Einrichtungen erreichen zu können. Hauptverantwortlich dafür ist die ungünstige Parkplatzsituation: Sowohl am Grieskai als auch in der Lagergasse sind die Parkplätze in der Grünen Zone in der Nähe der beiden

Einrichtungen meistens verparkt, sodass ein problemloses Parken der KundInnen und PatientInnen in nächster Nähe oft nicht möglich ist.

Eine Entschärfung der Situation würde die Errichtung von Parkplätzen vor den beiden Einrichtungen sowohl in der Lagergasse als auch am Grieskai mit dem Hinweis „Halten und Parken verboten – ausgenommen KundInnen und PatientInnen“ bringen. Um die im Motivenbericht geschilderte Situation für die krankheitsbedingt oft sehr stark gehbehinderten KundInnen und PatientInnen der beiden Einrichtungen zu entschärfen, stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

### **A n t r a g :**

Die dafür zuständige Stelle des Magistrats und die Verkehrsreferentin werden ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe eine rasche und dringende Errichtung von Parkplätzen für KundInnen und PatientInnen vor den beiden Einrichtungen am Grieskai 104 und 106, Bundesversicherungsanstalt (BVA) und Physio Mur, sowie in der Lagergasse einzurichten.

*Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

### **16) Erkenntnisse der Rinke-Studie für das Feuerwehrwesen**

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Antrag:

#### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Seit einiger Zeit steht das Feuerwehrwesen der Stadt Graz im Blickpunkt der Öffentlichkeit und der Medien.

Als Beispiele hierfür seien die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Graz, die Anschaffung von Fahrzeugen für die Berufsfeuerwehr sowie der Hochwasserschutz für Teile der Landeshauptstadt Graz angeführt.

Nicht ohne Grund haben der Bürgermeister und die teilzuständige Stadträtin beschlossen, mit einer Fortsetzungsstudie das Feuerwehrwesen der Stadt Graz zu evaluieren. Eine sogenannte Rinke - Studie wurde in Auftrag gegeben.

Da aber die solcherart gewonnenen Erkenntnisse einer umfassenden Folgediskussion unterzogen werden müssen, stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgenden

### **A n t r a g :**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Diese Rinke - Studie möge auch als Teilstudie dem Gemeinderat als Bericht vorgelegt werden, um darüber eine öffentliche Diskussion abzuführen.

*Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

#### **17) Radwege als Schleichwege und Parkplätze**

GR. Ing. **Lohr** stellt folgenden Antrag:

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Zwischen der Keplerbrücke und dem Pongratz-Steg sind auf einem Radweg von ca. 2 Kilometern Länge 9 Privatparkplätze und zahlreiche Durchfahrten auf dem Radweg entstanden. Passanten wissen zu berichten, dass entlang dieser Strecke regelmäßig Fahr- und Halteverbote ignoriert werden. Auf Höhe des Pongratz-Steges wurde sogar ein Parken- und Halteverbotsschild widerrechtlich versetzt.

Um den bestehenden Charakter des Radweges zu erhalten und zu schützen, stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehenden

### **A n t r a g :**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Ämter des Magistrates Graz werden beauftragt, die oben dargestellten Sachverhalte zu überprüfen und gegebenenfalls geeignete Schritte zur Unterbindung derselben einzuleiten.

*Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

#### **18) Bauplatz am Reinbacherweg, 8051 Graz, Fa. Steiner**

GR. Ing. **Lohr** stellt folgenden Antrag:

**Motivenbericht nur schriftlich:**

An der im Betreff bezeichneten Örtlichkeit monieren Anrainer wiederholt unzumutbare Belästigungen durch Lärm- und Staubemissionen. Zusätzlich zum erhöhten Aufkommen von Baufahrzeugen wird auch in den späten Abendstunden und an Feiertagen gearbeitet, was die Anrainer in der ihnen zustehenden Nachtruhe und hinsichtlich ihrer Wohn- und Lebensqualität stark einschränkt.

Von Amtsseite wurde den Anrainern bislang unter permanentem Verweis auf die Nichtzuständigkeit jede Hilfe verweigert.

Da derartige Zustände nicht einfach zur Kenntnis genommen werden dürfen, stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehenden

### **A n t r a g :**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen und Ämter des Magistrates Graz werden beauftragt, die Zustände an dem im Betreff angeführten Bauplatz zu untersuchen und gegebenenfalls die nötigen Veranlassungen für eine Verbesserung in die Wege zu leiten.

*Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der ordnungsgemäßen Behandlung zugewiesen.*

### **19) Verunreinigung Murpromenade**

GR. Mag. **Sippel** stellt folgenden Antrag:

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Die Grazer Murpromenade ist streckenweise - insbesondere rund um den Mur-Beach - stark verunreinigt und vermüllt. Zahlreiche beim Antragsteller eingelangte Bürgerbeschwerden sowie entsprechendes Fotomaterial untermauern diese wenig erfreuliche Feststellung. Gerade während der Sommermonate könnte die Murpromenade ein Anziehungspunkt für viele Spaziergänger und Stadtflaneure sein. In ihrem aktuellen Zustand wirkt sie allerdings eher ausladend auf potentielle Besucher.

Da aber das äußere Erscheinungsbild einer Stadt als Visitenkarte anzusehen ist und zudem auch starken Einfluss auf den Erholungswert für die Bürger hat, scheint eine schnelle, gründliche sowie nachhaltige Reinigung angebracht. Daher stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

**A n t r a g :**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Holding Graz GmbH werden ersucht, umgehend nachhaltige Reinigungsmaßnahmen für im Betreff angeführten Örtlichkeiten einzuleiten.

***Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**20) Umzäunung und Absperrung der Parks im Stadtgebiet**

GR. **Schröck** stellt folgenden Antrag:

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Die aktuelle Situation in öffentlichen Parkanlagen ist vor allem in den Abendstunden untragbar. Die Palette der Missstände beginnt bei diversen Drogen- und Diebstahlsdelikten und endet bei krimineller Bandenbildung, sexuellen Übergriffen und handfesten Körperverletzungsdelikten. Die politischen Bemühungen, sofern es die in der Vergangenheit überhaupt gab, sind großteils wirkungslos geblieben und konnten der Verschlechterung der Zustände keinen Einhalt gebieten. Man erinnere sich an die unsägliche Fahrradpolizei, an intensivere Polizeistreifen, mobile Polizeiwachstuben, sogar Videoüberwachung bei Parkanlagen war angedacht. Die Realität hat aber gezeigt, dass alle Vorschriften und Maßnahmen zum Scheitern verurteilt sind, wenn es am nötigen und geeigneten Sicherheitspersonal zur Umsetzung fehlt. In diesem Zusammenhang sei auf die Ordnungswache verwiesen, die in diesem Fall nur ein weiteres Kapitel einer Chronik des Scheiterns darstellt. Da es aber darum geht, der zunehmenden Gefährlichkeit in solchen Parkanlagen, vor allem zu Nachtstunden, Herr zu werden und gleichzeitig aber kein ausreichendes Exekutiv- Personal zu Verfügung steht, sehe ich als geeignete Lösung nur das Sperren mancher Parkanlagen, um so manches lichtscheue Gesindel aus der Anonymität der Nacht und Parkanlagen zu zwingen. Diese Methode wird mittlerweile schon erfolgreich in anderen europäischen Städten, wie z.B. London, Rom und einigen deutschen Metropolen, praktiziert.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte folgenden

**A n t r a g :**

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Der für Grünraum und Gewässer zuständige Bürgermeister Siegfried Nagl wird aufgefordert, sämtliche umzäunte Parks von 23 bis 05 Uhr zu schließen und die restlichen Parks verstärkt zu kontrollieren, um der überbordenden Kriminalität in den Abendstunden Herr zu werden. Des Weiteren wird der Bürgermeister aufgefordert, die Umzäunung des Volksgarten und von Teilen des Stadtparks zu prüfen.

*Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

**21) Seriöse und auf Sachargumenten basierende Information zur Sinnhaftigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des geplanten Murkraftwerkes in Graz-Puntigam in allen öffentlichen Grazer Pflichtschulen**

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgenden Antrag:

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Ungeachtet der klaren Mehrheit des Grazer Gemeinderates zu dem in Planung befindlichen Murkraftwerk in Graz-Puntigam als energiepolitisch und kommunal nützlich sowie vorteilhaftes Vorhaben versuchen Polit-GegnerInnen im Vorfeld der kommenden Gemeinderatswahl dieses Projekte durch verquere und Tatsachen manipulierende Argumentationen – erinnert sei hier zum Beispiel an die wochenlang kolportierte Unwahrheit, wonach der Huchen ein in der Mur autochthon lebender Fisch sei, anstatt diesen richtigerweise als zielgerichtet ausgesetzte „Anglerbeute“ zu benennen, oder die geradewegs frei erfundenen Mur-Urwald-Mythen – zu behindern oder gar zu Fall zu bringen. Dies alles mit der augenscheinlichen Zielsetzung, unter

diesem Deckmantel aus Tarnung und Täuschung Spenden zu lukrieren, Adressen zu sammeln und dem eigenen Polit-Kader einen Probegalopp zu gönnen.

Es wäre daher sehr sinnvoll, den Grazer Schülerinnen und Schülern dieses ebenso energiepolitisch wie kommunal bedeutsame Vorhaben auf der Sachebene verständlich zu machen. Und nicht zuletzt auch aufzuzeigen, wie sich zugunsten von Sicherheit gegen vormals extreme Überflutungen und prolandwirtschaftlicher Flächen seit den Mur-Regulierungen ab 1802 – wie zum Beispiel in der Studie „Interreg III/B Cadses – Sumad“ des Landes Steiermark trefflich dargelegt - unser Grazer Lebensraum in den letzten 200 Jahren entwickelt hat.

In diesem Zusammenhang stellt der unterfertigte Gemeinderat folgenden

### **A n t r a g :**

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Stadträtin Mag.<sup>a</sup> Grabner wird aufgefordert, in den Grazer Pflichtschulen den Schülerinnen und Schülern altersgerecht und sachorientiert das Vorhaben der Errichtung des Grazer Murkraftwerkes näher zu bringen und insbesondere die für die Grazerinnen und Grazer daraus erwachsenden Vorteile wie Nützlichkeiten zu vermitteln, wie auch die in Gesamt-Abwägung hintanzustellenden Nachteile.

*Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

**22) Substantiell dargelegte Verantwortung und Veranlassungen von Vizebürgermeisterin Rucker beim Rumpel-Variobahn-Beschaffungsvorgang**

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgenden Antrag:

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Die mittlerweile monatelangen Probleme und Belästigungen, die der Ankauf von 45 Garnituren der Rumpel-Variobahn zum Kaufpreis von rund 100 Millionen Euro ausgelöst hat, sind hinsichtlich der wahren Verantwortungen aufzuklären.

Um endlich zu beginnen, Licht ins Dunkel dieses dubiosen Beschaffungsvorganges zu bringen, stellt sich die Frage, welche konkreten Entscheidungen die für den Verkehr zuständige Stadtsenatsreferentin, Frau Vizebürgermeisterin Rücker, im Rahmen des Beschaffungsvorganges getroffen hat, an welchen sie maßgeblich mitgewirkt hat und bei welchen sie zumindest vor dem Fällen von Entscheidungen solcher Art informativ eingebunden war, und es dennoch oder deswegen zu diesem Desaster kam.

Ausdrücklich weise ich darauf hin, dass Vizebürgermeisterin Rücker in Personalunion stv. Aufsichtsratsvorsitzende der Holding Graz GmbH ist und diese bekannterweise selbst zu 100 % im Eigentum der Stadt Graz steht.

In diesem Zusammenhang stellt der unterfertigte Gemeinderat folgenden

**A n t r a g :**

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Frau Vizebürgermeisterin Rücker wird aufgefordert, zum Beschaffungsvorgang des Ankaufs von 45 Garnituren der Variobahn zum Kaufpreis von rund 45 Millionen Euro chronologisch und vollständig darzulegen, welche Entscheidungen und Veranlassungen sie als Vizebürgermeisterin und in einem in ihrer Funktion als

stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates der Holding Graz GmbH sowie deren Rechtsvorgänger Graz AG im Verlaufe dieses Beschaffungsvorganges getroffen hat, an welchen sie in welcher Form mitgewirkt hat und welche Informationen dabei ihr zugänglich waren, die in weiterer Folge zu Entscheidungen geführt haben, die das heutige lausige Ergebnis widerspiegeln.

***Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet.

Bürgermeisterstellvertreterin Lisa R ü c k e r schließt die Sitzung des Gemeinderates um 19.10 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Bürgermeisterstellvertreterin Lisa R ü c k e r

Stadträtin Mag.<sup>a</sup> (FH) Sonja Grabner

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Gerhard R ü s c h